

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

20 Groschen

Kampfbblatt der Werktätigen

20 Groschen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Vincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 6—10 Uhr abends. Postamt Wien, IX., Rajarethgasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
April 1929
Nr. 16 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postaufschlag wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenvorlauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postaufschlag beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Neuzugshälfte für Deutschland Mk. 80. Die Bezugpreise sind im vorbenannten zu entnehmen — Postfachkonto Nr. 69371

Ein Märtyrer des Kommunismus.

Gen. E. Dreizer im Hungerstreik der Gefangenen von Tobolsk gestorben.

Im Zuchthaus von Tobolsk waren 63 oppositionelle Kommunisten in den Hungerstreik getreten. Ihr Führer war E. Dreizer, ein Held des Bürgerkrieges, zweimal ausgezeichnet mit dem Orden der Roten Fahne. Unbeugsam und stolz extrugten sie alle Qualen des Hungerstreiks. Sie, die ihr Leben der Revolution geweiht, sie blieben unbeirrt in ihrem Kampf für die Ideen des Kommunismus, für jene Ideen, die Stalin zu Grabe tragen möchte. In diesem Kampfe für die unsterbliche Sache der proletarischen Revolution ist Gen. E. Dreizer gefallen, ein Märtyrer des internationalen Kommunismus, ein Blutzuge gegen das antikommunistische Regime Stalins — er starb im Hungerstreik.

Am Vorabend der Wahlen.

Wenige Tage trennen uns noch vom 21. April. Wenige Tage noch und dann werden es die, die es heute noch bezweifeln, sehen und zur Kenntnis nehmen müssen: ein aufsehulicher Teil des Klassenbewußten Proletariats von Graz steht im Lager des Kommunismus, steht zur Fahne von Leo Trotzky!

Indem sie ihre Stimme für die Kommun. Opposition (Linke Kommunisten) abgeben, demonstrieren die Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen von Graz ihren unverfälschten Haß gegen die herrschende Gesellschaftsordnung; sie demonstrieren gegen die jämmerliche, kleinbürgerliche Politik der Sozialdemokratie, die den Faschismus zu einer furchtbaren Gefahr hat anschwellen lassen. Otto Bauer hat uns höhnend in seiner Rede in der Industriehalle zugewandt, daß am 21. April in Graz „nicht die Entscheidung darüber fällt, ob Trotzky oder Stalin recht hat“. Sehr richtig, Herr Otto Bauer, denn die Entscheidung darüber ist bereits längst gefallen, längst hat die Entwicklung in Rußland und in der Kommun. Internationale bewiesen, daß Leo Trotzky das historische Recht auf seiner Seite hat.

Um andere Entscheidungen wird jetzt in Graz gerungen! Es wird sich zeigen, wie groß die Zahl der Klassenbewußten Proletarier ist, die den Bankrotcharakter der Otto Bauerschen Politik erkannt haben, es wird sich zeigen, wie groß der Einfluß des Kommunismus in Graz ist, der nun in seiner ganzen geistigen Stärke, eben in seiner trotzkistischen Gestalt, um die Herzen und Hirne der Arbeiterklasse ringt.

Das flatternde Banner des internationalen Kommunismus in Händen, so ziehen wir gegen Bourgeoisie und Reformismus in den Kampf. Die große Feiertage, noch nicht der Kampf selbst, das ist der 21. April in Graz. Und wer die hingebungsvolle, opferreiche Arbeit unserer Genossen und Genossinnen miterlebt, wer die zahllosen Beweise der Opferwilligkeit der arbeitenden Männer und Frauen des Proletariats in

Sie verhandeln, wie sie die Arbeiterklasse niederzwingen können.

Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung ist ein Programm schamloser reaktionärer Vorkämpfe!

Die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und den Bourgeoisparteiern sind noch nicht abgeschlossen. Aber heute ist schon offensichtlich, daß die Furcht vor den Heimwehren die Führer der S. P. zur kampflosen Annahme des Diktats der Bourgeoisparteiern veranlaßt. Die S. P. gibt den Mieterschutz bereits reiflos preis und erklärt sich mit Mietzinsern in der Höhe, wie sie die Gemeinde

Wien einhebt, zufrieden, d. h. mit der Forderung der Hausherren von 1927. Die Zinsen in den Gemeindefiskalen in Wien betragen 8 bis 25 Schilling, je nach Größe der Wohnung und Lage des Hauses. Wie immer die neue Regierung aussehen wird, sie wird eine Regierung der offenen sozialen und politischen Reaktion sein, gegen die es den erbittertesten Kampf zu führen gilt.

Graz gesehen, der weiß, daß wir am 21. April eine Feiertage halten werden, die uns und dem internationalen Kommunismus Ehre machen wird. In Donawitz — im Zeichen Stalins — konnte der Faschismus die kommunistischen, schwankenden Reihen überrennen; in Graz — im Zeichen Trotzky's — werden wir die Fahne des Kommunismus aufpflanzen, weithin sichtbar den Schwankenden und Zweifelnden, die heute noch nicht in unserem Lager stehen.

Neuer Streik der Autoarbeiter.

Die Wiener Autoarbeiter sind seit Tagen von neuem im Kampf. Die freche Provolation der Unternehmer, die den Arbeitern statt der 2prozentigen Lohnerhöhung, für die Feiertage, 2 Prozent vom gegenwärtigen Lohn abziehen wollten, um diesen Rest erst bei Feiertagen auszugeben, hat die Arbeiter geradezu gezwungen, den Kampf wieder aufzunehmen. Der Kampf der Autoarbeiter darf nicht isoliert bleiben. Nur wenn sie wehrhaft unterstützt von der gesamten Metallarbeiterchaft werden, nur wenn sie sich eigene, ihnen verantwortliche Streikleitungen wählen und die fallengelassenen Forderungen — vor allem die der Arbeitsvermittlung ausschließlich durch die paritätische Kommission — wieder aufnehmen, kann dieser Kampf zu einem Erfolg führen. Arbeitslose, laßt Euch nicht von Unternehmern zum Streikbruch mißbrauchen!

Eine Wählerversammlung der Kommunist. Opposition verboten!

Die Polizei erfüllt die unausgesprochenen Wünsche der S. P.

Unsere Wählerversammlung, die für Sonntag den 7. April am Griesplatz einberufen war, wurde unter dem nichtigen Vorwande „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ verboten. Ein schöner Liebesdienst für die Bürgerlichen und Sozialdemokraten, die auch so gerne auch in den nächsten fünf Jahren schön unter sich im Gemeinderat bleiben wollen — umgeben von den „Volksgenossen“. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden am 21. April der Polizei und ihren Auftragsgebern eine Enttäuschung bereiten. Die Liebesdienste werden umsonst gewesen sein.

Vorsicht



am Wahltag vor falschen Stimmentzetteln. Die richtigen Stimmentzettel tragen die Bezeichnung **Kommunistische Opposition** und liegen bereits dieser Nummer zur Verbreitung an die Bekannten bei!

Was wurde den Arbeitslosen von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften versprochen — und was wurde gehalten?

Es ist uns noch sehr gut in Erinnerung die Versammlung der Arbeitslosen vom 20. Februar 1927, wo sich die freien Gewerkschaften bemühten gefüllt haben, einen freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschuß ins Leben zu rufen. Warum? Weil die Nationalratswahlen für den 24. April 1927 festgesetzt waren.

Damals hatten die freien Gewerkschaften ein großzügiges Programm den Arbeitslosen zur Kenntnis gebracht, was sie alles durchsetzen und tun wollen, um nur die Arbeitslosen vor dem sicheren Untergange zu retten. In diesem Programm war enthalten: Produktive Arbeitslosenfürsorge, Unterstützung für kranke Arbeitslose und ihre Familienangehörige, Abschaffung der Doppelordner (Pensionisten). In den späteren Versammlungen wurde dieses Programm noch bereichert mit der Forderung nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 10, später um 25 %, Ausbau der Arbeitsvermittlung und Binderung der Fäden in dem bestehenden Arbeitslosenversicherungsgesetz. Wir haben damals gegen die einseitige Zusammenstellung dieses Arbeitslosenausschusses Stellung genommen, weil uns die Erfahrung gelehrt hatte, daß die Sozialdemokraten noch jedesmal, wenn eine Wahl bevorstand, mit allerlei Versprechungen vor die Arbeitslosen hingetreten sind, die sie nie gehalten haben. Auch Arbeitslosenausschüsse hatten sie schon mehrere gegründet gehabt, immer vor den Wahlen, um sich nachträglich wieder zu bemühen, diese Ausschüsse unmöglich zu machen. Auch diese Versprechungen, die die S. P. vor der Nationalratswahl im Jahre

(Fortsetzung aus der 2. Seite)

Sie helfen nicht dem Volk, sie dienen nur den Reichen!

Sozialismus und Dollarknechtschaft. — Der Polizeiknäppel als Verwaltungsinstrument. — „Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überläßt Ihr sie der Pein!“ — Wie sie den Arbeitslosen helfen und was sie für die Arbeiterkinder und -Jugend leisten.

Wir wenden uns an Euch, Arbeiter, Arbeitslose, Invaliden und Arme von Graz! Wir wenden uns vor allem an Dich, Proletarin, die Du häßlich und häßlich als Frau und Mutter prüfen kannst, ob die herrschende Gemeindeverwaltung, diese

Koalition von brutalen Kapitalisten mit entarteten, verbürgerlichten ehemaligen Sozialisten

Die hilft oder Deinen Ausbeutern, Deinen Feinden, dem Kapital.

Jedes Wort, das wir Dir sagen würden über Parteien, wie die **Christlichsozialen, Nationalen Wirtschaftsbund** usw. ist überflüssig.

Die immer sie sich nennen, diese bürgerlichen Parteien, sie sind Deine erbittertesten Feinde, sie sind bedingungslose Knechte der Unternehmer, der Reichen, der Besitzenden, der Reaktion!

Du hungerst? Sie, die Parteien der Bourgeoisie antworten: Es geht der Arbeiterschaft zu gut, der Mieterschutz muß weg, die Fürsorgelätigkeit ist zwecklos usw. usw.

Kein denkender Arbeiter von Graz hat für die bürgerlichen Parteien, die Heimwehrschaften etwas anderes als Haß und Verachtung übrig.

Wir aber klagen an,

so laut, daß es in die letzten Winkel hallen soll, die Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, die Partei, die behauptet, die Interessen des Volkes zu vertreten, wie klagen die Sozialdemokratie an, daß sie jede Stunde, mit jedem Atemzuge Eure Interessen preisgibt, daß sie Euch im wahrsten und tiefsten Sinne des Wortes verrät.

Der Dollar! Der Dollar!

Es ist es, der Euch hilft, der Euch befreit, so verkünden schreiend und aufreizend die Wahlplakate der Sozialdemokratie.

Agenten des Dollars, Knechte des Dollars, ja, das sind sie geworden, die Mutschich, die Müll. Sie haben mit den Dollarkrediten Kanäle gebaut, die Stadt verschönert. Aber sie sagen Euch nicht, daß Ihr die Zinsen für diese Anleihen zahlen müßt, daß Ihr diese Anleihen mit Eurem Lohngrößen zurückzahlen müßt.

Kanäle wurden gebaut, dafür müßt Ihr mehr als 2 Millionen Schilling im Jahre für Kanalabzugsgebühren zahlen, die für die Dollarzinsen verwendet werden.

Statt die Reich n, die Besitzenden zu besteuern und mit diesem Geld Kanäle zu bauen, müßt Ihr, und Eure Kinder werden es noch müssen, Steuern und Abgaben für die Dollar-Anleihen zahlen.

Es ist eine Schmach und Schande, daß eine Partei, die es wagt, sich sozialistisch zu nennen, sich noch dessen rühmt, daß sie Anleihen aufnimmt, die das Volk zahlen muß, statt die Reichen mehr zu besteuern. Diese Politik, deren sich die Sozialdemokratie rühmt, ist

arbeiterschädlich, volksfeindlich, unproletarisch, ultrabourgeois, bürgerlich und reaktionär.

Wie sie Graz verwalten, diese

Dollar-Sozialisten,

wir wollen es Euch an einigen konkreten Beispielen zeigen. Die prinzipielle Kritik, die wir an einer Gemeindeverwaltung üben, die

für die Arbeitslosen nur 110.000 und für die Armen nur 150.000 Schillinge hat

die aber 11.111.111.111 für die

Eure der Reichen 100.000 S, Kindergartenpflege 288.000 S, für Pfaffen 15.000 S und Kasernen 85.000 S

zur Verfügung stellt, enthält, samt unseren Forderungen unser Wahlaufruf, der bei Euch so große Zustimmung fand.

„Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überläßt Ihr sie der Pein.“

Dieses Wort des Dichters, es sollte mit Flamme geschrieben auf dem Versorgungshaus prangen.

Bettelpfändchen zwingen unsere Ältesten ins Versorgungshaus und zum Betteln!

Nicht genug damit! 1927 wurden 200 Pfändnern (aus der Arbeitslosenunterstützung Ausgesteuerten, die von der Gemeinde bis dahin 20 Schilling monatlich bekamen) diese Pfändchen einfach entzogen. Die Folge? Sprunghaftes Anschwellen der Zahl der Bettler. Am 14. Juli 1927 stellte darauf der große deutsche Gemeinderat Herz die Anfrage im Gemeinderat: „Das Bettlerwesen artet in Graz bereits zu einem argen Mißstand aus. Ich frage an, ob der Herr Bürgermeister bereit ist, sich sowohl mit der Polizeidirektion, als auch mit der Armenoberdirektion ins Einvernehmen zu setzen, damit gemeinsam dem Straßenbettel entgegengetreten wird.“

Am 29. September 1927 antwortet Mutschich:

„In dieser Anfrage wird nicht mit Unrecht über die in Graz immer mehr und mehr umfänglichere Unsitte des Straßenbettels Klage geführt. Der Stadtrat hat sich schon in seiner Sitzung vom 14. April mit dieser Frage beschäftigt und veranlaßt, daß den Pfändnern im Städt. Versorgungshaus auf das strengste untersagt wird, während ihrer freien Zeit, in der sie sich außerhalb des Versorgungshauses aufhalten dürfen, zu betteln. Außerdem wurde gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 16. September an die

Polizeidirektion (!)

in Graz eine Zuschrift mit dem Ersuchen gerichtet, in entsprechender Weise

gegen den Straßenbettel einzuschreiten und hiebei die Versicherung verbunden, daß die Polizeidirektion hierbei von der städt. Armenoberdirektion nach besten Kräften unterstützt wird.“

Die Folgen dieser Zusammenarbeit des sozialdem. Bürgermeisteramtes und Polizeidirektion

near, daß massenhaft Bettler, das sind ausgesteuerte Arbeitslose, Pfändner ohne Pfändchen und auch solche aus dem Versorgungshaus, denen außer schlechter Nahrung ein monatliches Geldlohn von — 3 Schilling gegeben wird, verhaftet wurden.

Die Arrete des Bezirksgerichtes wurden durch diese „Fürsorgelätigkeit“ überfüllt.

Dollar und Polizeiknäppel sollten zu Akteuren dieser „Sozialisten“ werden.

Während sie die Kräfte der Armen ins Arrest hinarbeiten lassen, verhandeln diese Stadtväter für sich selbst, einträchtig mit allen bürgerlichen Parteien, über eine lebenslängliche Pension für den Bürgermeister, die drei Bezirksbürgermeister und die Stadträte.

Als Präsident der Industriellen Bezirkskommission (J. B. R.) hat sich auch

der Sozialdemokrat Hans Mutschich wohl betwährt.

Was müssen sie erdulden, diese laufende Proletarierinnen, die neben dem grenzenlosen Elend, dem nackten Hunger noch der beispiellosen Willkür der Beamten und Beamtinnen im Arbeitslosenamt ausgeliefert sind! Wißt Ihr, was das bedeutet, durch ein willkürliches Wort der J. B. R. („Arbeitsverweigerung“, „keine Notlage vorhanden“) plötzlich vor dem Nichts zu stehen? Wer kennt nicht die Arbeitszuweisungen der J. B. R., die nichts anderes sind als Hallen, um Arbeitslosen unter den schändlichsten Vorwänden die Unterfütterung zu bereuben?

Wie viel Jammer, wie viel Tränen, wie viel namenloses Elend, hast Du, Hans Mutschich, Sozialist und Präsident der J. B. R., auf Dein Haupt geladen?

Aber nicht nur, daß Eure unbarmherzige, bürgerliche Politik, Ihr Salonsozialisten, Arbeitslose und Arme der Verweisung in die Arme treibt, Ihr, die Ihr so gerne an Festtagen vom

Zeitalter des Kindes

schwächt, Ihr, die Ihr vorgebt, wenigstens der heranwachsenden Jugend eine bessere Zukunft vorzubereiten, der bürgerliche Charakter Eurer Politik wird reiflos offenbar in Eurer

Jugendfürsorge,

diesem Kapitel, in dem jedes Wort mit den Tränen der proletarischen Mütter geschrieben, von den Qualen der Kinder erfüllt ist.

Vom Jugendamt aufs Band

geschickt zu werden, wer ahnt, welch ein fürchterliches Los damit für die 580 Kinder beginnt, die dieser barbarischen Fürsorge teilhaftig werden!

Wenn gut geht,

verwahrt das Arbeiterkind, für das diese sozialistische Gemeinde nicht mehr als 13 Schilling im Monat übrig hat, wird von den Bauern ausgebeutet, vertrieben geistig und seelisch.

Aber es geht nicht immer „gut“.

Zahllos sind die Kleinen, die krank, verprügelt, an Leib und Seele aufs schwerste geschädigt, zurückbleiben, die dieser Hölle entfliehen.

Ihr Arbeiter, ihr Arbeitslosen, ihr Armen!

An das denkt, wenn Euch die Herren

das Lied vom Dollar

singen, an das denkt

Ihr Frauen und Mütter

in den Arbeiterquartieren von Graz, in den Elendsbaracken, Ihr Mühseligen und Beladenen, wenn Ihr

am 21. April

zur Urne geht.

Denkt daran, wer Euch in diesen Jahren der Not und des Elends, wer Euch in dieser Zeit, da der Heimwehrfaschismus drohend zum Schlag ausholt, da ein Dr. Friemer verkünden darf, daß Ihr mit der Waffe in der Faust niederschlagen werden sollt (denkt an Andriß und Gratkorn)

brüderlich und hilfsreich

zur Seite stand, zur Seite steht und stehen wird. Wer war es denn, außer uns, wer war es außer der

Kommunistischen Opposition

(Linke Kommunisten)

der den jähren Kampf gegen all' diese Mißwirtschaft, gegen all' dieses Elend, gegen den Hunger und gegen die Reaktion geführt hat?

Wählt die Kommunistische Opposition (Linke Kommunisten)

die Euch den Weg des Kampfes gewiesen hat, wählt Männer, die Arbeiter wie Ihr, Arbeitslose wie soziale von Euch, den Weg einer besseren Zukunft Euch weisen, den

Sozialismus der Tat

der verwickelt wird nicht am grünen Tisch mit den Kapitalisten, nicht im Parlament, sondern im außerparlamentarischen, revolutionären Massenkampf, in der kommenden, unausbleiblichen proletarischen Revolution.

Wählt die Kommunistische Opposition (Linke Kommunisten)!

Kandidaten: Wagner, Pinnell, Koch u. Genossen.

Der Weg des Salonsozialismus, der Weg der Dollar-Sozialisten.

Ihr seid ihn gegangen, Jahr um Jahr, bis Ihr am Rande des Abgrundes angelangt seid,

verraten und verlassen

von denen, die sich Eure „Vertreter“ nennen. Der Weg, den wir Euch zeigen, er ist der Weg des harten, rücksichtslosen Kampfes für Eure Interessen; diesen Kampf werden wir führen im Gemeinderat, immer bewußt, daß wir wirkliche Erfolge für Euch nur erringen können, wenn Ihr uns, mit Eurer großen Masse, außerhalb der Gemeinde flüht.

Rieder mit den Bourgeois-Parteien!

Rieder mit dem Salonsozialismus!

Am 21. April demonstriert, daß Ihr entschlossen seid, den Kampf aufzunehmen gegen Euer Elend, gegen die Unterdrückung, gegen den drohenden Faschismus, für eine bessere Gegenwart, für eine Zukunft, in der es keine Unterdrückung und Ausbeutung mehr geben wird, für den Kommunismus, denn es gilt in erbitterten Massenkämpfen

Klasse gegen Klasse!

Proletariat gegen Bourgeoisie!

auf revolutionären Wege zu verwickeln.

Die Bezirksorganisation Graz der Kommunist. Opposition Österreichs (Linke Kommunisten).

Fortsetzung von der 1. Seite.

1927 gegeben hat, waren nichts als ein Räder, um die Masse der Arbeitslosen zur Stimmenabgabe für die S. P. einzufangen.

Was hat die S. P. und die freien Gewerkschaften bis heute für die Arbeitslosen getan? Die produktive Arbeitslosenfürsorge, die sie den Arbeitslosen versprochen hatte, war das vielleicht der Bahnbau Felzbach—Gleichenberg? Wo die Arbeitslosen auf verlaultem und verdrehten Liegeflüssen nach schwerer Tagelohnarbeit ihre Nachtruhe halten mußten? Wo sie Hungermenagen bekamen? Wo die Arbeitslosen unter den Schikanen des Unternehmers, ohne von der Industriellen Bezirkskommission und den Gewerkschaften geschützt zu werden, zu leiden hatten? Wo Proletarier ihr Leben lassen mußten, weil es für sie keine Rücksicht und keine Sicherungen bei diesen Bahnbau gegeben hat? Oder war es der Erzberg, der Alpine Montan, der Hüterin des Heimwehfaschismus? Wo die Arbeitslosen unter den denkbar schlechtesten Verhältnissen, um Hungerlöhne arbeiten müssen. Oder meint die S. P. den von der Landesregierung damals zugesagten 400 km langen Straßenbau? Von dem bis heute nach Bericht des freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses nur 40 km zur Durchführung gelangten. Und diese 40 km wurden von Heimweh-Bauernjöhnen gebaut. Nachträglich mußte selbst die J. B. R. und Gewerkschaften zugeben, daß der Bahnbau Felzbach—Gleichenberg, sowie Eisenerz, also dieses großangelegte Arbeitslosenfürsorgeprogramm, Straßlo'onen gewesen sind.

Den Arbeitslosen ist's noch gut in Erinnerung, wie die Industrielle Bezirkskommission mit Helfern der freien Gewerkschaften und der Arbeiterkammer über Arbeitslose Strafstrafen „Hungerstrafen“, wegen Arbeitsverweigerung verhängte.

Unterstützung von kranken Arbeitslosen und deren Familien? Ist bis heute von der S. P. zur Erreichung dieser Forderung etwas getan worden? Nein! Genau so wie früher sind die kranken Arbeitslosen und während der Krankheit auch deren Familienmitglieder dem Elend und dem Verhungern ausgesetzt. Will vielleicht die S. P. und die Gewerkschaften nun neuerlich den Arbeitslosen weismachen wollen, daß sie sich für die Erfüllung der Krankenfürsorge für die Arbeitslosen eingesetzt hat? Oder wollen sie sogar behaupten, daß sie durch die letzte Verfügung der Industriellen Bezirkskommission etwas erreicht haben? Dann würden wir der S. P. darauf die treffende Antwort geben.

Abkündigung der Doppelverdiener hat damals der Nationalrat Hartmann den Arbeitslosen von der Rednertribüne herunter zugerufen, um nach der Nationalratswahl darauf wieder zu vergessen. Sehr merkwürdig hat der gleiche Programmpunkt und das gleiche Versprechen in den späteren Versammlungen aus dem Munde des Landesgewerkschaftssekretärs Wagner geklungen. Wir könnten eine ganze Reihe von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären hier aufzählen, die persönlich kein Interesse daran haben können, das Problem der Doppelverdiener (außer in Versammlungen) — zu lösen und zu vertreten.

Auch die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hat die S. P. und die freien Gewerkschaften den Arbeitslosen zugesagt. Um 25 Prozent muß die Unterstützung erhöht werden, um den Arbeitslosen halbwegs ihre Lebenseristenz sicher zu stellen, sagten sie. Gleichzeitig haben aber in Wien die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und der bürgerlichen Regierung um die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 2 1/2 Prozent stattgefunden. War das eine Verhöhnung der Arbeitslosen oder sollte es die Bestätigung

der sozialdemokratischen Demagogie sein. Jedenfalls ist die mit 1. Jänner 1929 in Kraft getretene Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung keine Errungenschaft, mit der die S. P. vor die Arbeitslosen, Wähler und Wählerinnen hintreten kann, denn selbst Wagner mußte in einer Arbeitslosensammlung zugeben, daß diese Erhöhung dem Großteil der Arbeitslosen nichts gebracht hat.

Arbeitslose Genossen und Genossinnen, wie sieht es mit der Verbesserung des Arbeitslosenversicherungs-gesetzes aus? Haben die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ihren Einfluß dahin geltend gemacht, daß die Härten dieses Gesetzes ver-zingert werden! Erzählen nicht Hunderte und Hunderte von Abweisungen aus der Hofstandsunterstützung durch die Industrielle Bezirkskommission, daß im Gegenteil das Gesetz immer ärger zu Ungunsten der Arbeitslosen ausgelegt wird. Daß die Spruchpraxis der Industriellen Bezirkskommission sich gegenüber den Arbeitslosen verschärft hat! Daß man ohne Rücksicht Hunderte von Männer und Frauen aus dem Hofstandsunterstützungsbezuge unbarmherzig heraus-wirft! Sagen nicht in der Industriellen Bezirkskommission die Arbeitervertreter, die in den Versamm-lungen in demagogischer Art den Arbeitslosen Ver-sprechungen geben! Sind diese S. P. Demagogen nicht in gleicher Stärke in der Industriellen Bezirkskommission wie die Unternehmer-Vertreter! Ist der Präsident der Industriellen Bezirkskommission nicht der Arbeiterkammerpräsident Hans Ruschitsch!

Arbeitslose, wir haben von dieser Seite nicht das geringste Mitleid mit unserer elenden Lage zu erwarten, wir sind für die S. P. und deren Gewerkschaften überflüssig, weil wir keine Beiträge zahlen, darum wählet bei den Gemeinderatswahlen eure wahren Vertreter, die Kommunistische Opposition.

Über die Gruppierungen in der kommunistischen Opposition.

Von Leo Trotski.

Konstantinopel, 31. März 1929.

Teure Freunde! Ich habe noch immer nicht die Möglichkeit, einigermaßen planmäßig zu arbeiten. Bis jetzt bin ich noch viel zu wenig mit der Literatur der europäischen Opposition bekannt geworden. Daher bin ich gezwungen, die allgemeine Beurteilung der oppositionellen Strömungen auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Wir gehen so schweren Zeiten entgegen, daß uns jeder Gesinnungsgenosse, selbst jeder, der möglicherweise als Gesinnungsgenosse in Betracht kommt, teuer sein muß. Es wäre ein unvorzeihlicher Fehler, einen Gesinnungsgenossen, und noch mehr eine Gruppe von Gesinnungsgenossen durch eine unvorsichtige Abschätzung, parteiliche Kritik oder durch die Übertreibung der Gegensätze abzuschießen.

Nichtsdestoweniger halte ich es für unbedingt notwendig, einige allgemeine Erwägungen vorzubringen, die für die Beurteilung dieser oder jener Grup-

pen, oder der Strömungen innerhalb der Opposition in meinen Augen als entscheidend gelten müssen. Gegenwärtig bildet sich die Opposition auf der Grundlage der prinzipiellen Scheidung, und nicht auf der der Massenaktion. Das entspricht dem Charakter der gegenwärtigen Periode. Ähnliche Prozesse hatten in der russischen S. D. in den Jahren der Kontro-revolution und in der internationalen S. D. während des Krieges stattgefunden. Eine Massenaktion ver-mischt gewöhnlich nebensächliche und zufällige Gegen-sätze und fördert die Vereinigung der freundschaft-lichen und naheliegenden Richtungen. Dagegen zeigen prinzipielle Gruppierungen in der Periode der Stöckung oder der Ebbe immer eine große Neigung zur Diffe-renzierung, zur Spaltung, zum inneren Kampf. Wir können der Periode, in der wir leben, nicht ausweichen. Man muß sie mitmachen. Eine klare, deutliche Schei-dung auf prinzipieller Grundlage ist unbedingt not-wendig. Sie bereitet Erfolge für die Zukunft vor.

Wir haben die allgemeine Linie der Führung der Komintern schon öfters als Zentrismus bezeichnet.

Es ist klar, daß der Zentrismus, besonders wenn er mit dem ganzen Arsenal der Repressalien bewaffnet ist, nicht nur die konsequenten, proletarischen Elemente,

sondern auch die konsequenteren Opportunisten in Opposition treiben muß.

Der kommunistische Opportunismus äußert sich in der Neigung in unserer Zeit die Vorkriegssozialdemokratie wieder herzustellen. Besonders deutlich sieht man es in Deutschland. Die jetzige S. D. ist von der Bebel-partei unerträglich weit entfernt. Aber die Geschichte bezeugt, daß die Bebelpartei schon in der Vorkriegs-zeit unzureichend war. Umso mehr erscheint der Ver-such bei jetzigen Verhältnissen die Bebelpartei, oder sogar der linken Flügel dieser Partei wieder her-stellen zu wollen, als hoffnungslos. Trotzdem spielen, sozial sich beurteilen kann, darin die Bemühungen Franklers, Thalheimers und ihrer Freunde. Weniger konsequent, aber doch scheinbar auf dieselbe Seite neigt auch Souvarine.

Ich halte dafür, daß es drei klarste Fragen gibt, die ein entscheidendes Kriterium zur Beurteilung der Strömungen im intern. Kommunismus bilden. Diese Fragen sind: 1. Die Politik des anglo-russischen Komitees, 2. der Kurs in der chinesischen Revolution und 3. die Wirtschaftspolitik in der U. d. S. S. R. im Zusammenhang mit der Theorie des Sozialismus in einem Lande.

Fortsetzung folgt.

Wo wird gewählt?

In den amtlichen angehängenen Kundmachungen und Hauswählerlisten ist für jeden Wähler das Wahllokal nach Straßen geordnet verzeichnet.

Wann wird gewählt?

Sonntag, 21. April, in der Zeit von 8-1 Uhr vormittags und 3-7 Uhr abends.

Wie wird gewählt?

Jeder Wähler tritt vor die Wahlkommission, gibt Namen und Adresse bekannt und weist eine Bescheinigung vor. Als solche gelten: Tauf-, Geburts- und Trauscheine, Heiratschein, Optionsdekrete, Zündscheine, Militärdokumente u. dgl. Nach Ausweisleistung erhält der Wähler einen unbrauchbaren Wahlumschlag, worauf er sich in die Wahlzelle begibt und dort den Stimmzettel mit der Bezeichnung: Kommunistische Opposition (Linke Kommunisten), Kandidaten Wagner, Fritsch, Koch und Genossen, hineingibt. Darauf verläßt er die Zelle und übergibt dem Leiter der Wahlkommission den Umschlag, welcher denselben ungeöffnet in die Wahlurne zu legen hat.

Wer ist wahlberechtigt?

Jeder der deutschösterreichischer Staatsbürger ist, am 1. Jänner 1929 20 Jahre alt war und am 12. März 1929 schon in Graz seinen Wohnsitz hatte.

Als Wahlagitationslokal

wird die Verwaltung des „Mahnrufes“ von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends für Wahlauskünfte und Stimmzettelausgabe geöffnet sein.

Breitner kommt nach Graz!

Er kommt, um den gedängstigten Mutschitsch und Rüdli die schwankend werdenden Wählermassen wieder zuzutreiben. Es wird dem Herrn Stadtrat nicht gelingen, mit dem „hohen Lied vom roten Wien“ die Klassenbewußten Arbeiter von Graz zu betören. Wir kennen seine famose Finanzpolitik, 50 prozentige Stromerhöhung für die Hotels, Restaurants, Kinos, für die Klammere der Unternehmer — abgepersertes Gas und Strom bei den Arbeitslosen, die den vollen Preis nicht zahlen können. 3, 4, 5, 6, ja an einem Tag 9 Selbstmorde verzweifelter Arbeitsloser im „roten Wien“, das sind die stummen Zeugen der „sozialistischen“ Finanzpolitik des Herrn Breitner.

Ein verräterischer Schritt Eisner.

Alle namhaften Funktionäre lehnen dem Verräter den Rücken.

Donnerstag, 4. April, tauchte in der Ausschussführung des unpolitischen Gemeindefunktionäreverbandes zur Überraschung aller der Feindwehrgewerkschaftsführer Strein, notorisch verbummelter Student vom Beruf, auf geheime Bestellung Eisners auf und Eisner trat dort für den Abtritt zur Feindwehrgewerkschaft ein. Die Ausschussmitglieder Fauland, Bruhs und Sz informierten durch ein Flugblatt die Gemeindefunktionäre sofort vom Verrat und hielten Montag, 8. d., im „braunen Löwen“ eine Versammlung ab, wo auch das Ausschussmitglied Fritsch erklärte: „Als Arbeiter kann ich nicht ins Lager der Reaktion, ins Lager der Feindwehrgewerkschaften, wenn ich auch nach wie vor ein Gegner der Gewerkschaftsbürokratie bin. Mit allen Kräften werde ich nun gegen den Verrat Eisners aufzutreten.“

Gen. Fritsch und Wagner, welche zur Versammlung eingeladen wurden, traten für den Rücktritt in die Freie Gewerkschaft ein, die den Mitgliedern des unpolitischen Gemeindefunktionäreverbandes die Unterbrechung nicht in Anrechnung bringen dürfe.

In demselben Sinne sprach Gen. Wagner, der für den Rücktritt in die Freie Gewerkschaft eintrat, die Gemeindefunktionäre aber ermahnte, im Kampfe gegen die Gewerkschaftsbürokraten, die nicht mehr den Interessen der Arbeiter dienen, nicht zu erlahmen. Das verschweigt der „Arbeiterwille“ in seinem Bericht vom 10. April. Enttäuscht!

Am 21. April werden die Gemeindefunktionäre wieder den Verlockungen des Faschisten Eisner noch den kleinbürgerlichen Rüdli, „sozialistischen“ Schöberchen und ihre Stimme der kommunistischen Opposition geben.

Ronditorei Stuchlik und Arbeitslosenamt.

Zu den „honetten“ Grazer Geschäftsleuten zählt Herr Stuchlik, Ronditoreibesitzer in der Hofgasse. Er und seine „bessere“ Ehehälfte mögen im Kreise ihrer Bürger ganz ehrenwerte Leute sein. Die Angestellten atmen frische Luft, wenn der Herr Chef und seine „bessere“ Ehehälfte nicht in der Nähe sind. Das ist überall so. Darüber braucht man kein Wort verlieren, auch über die Ausbeutungsmethoden nicht. In diesem Zusammenhang ist es ebenso belanglos, daß das Lehrmädchen auch Mädchen für Alles ist und das Volkshamperei der Endigen ausleeren muß. Was uns interessiert, ist das Verhalten der Industriellen Bezirkskommission Graz. Stuchlik forderte von seinem Hausdiener, der ohnedies unter der Woche bis zum äußersten abgehört wird, daß er ausgerechnet an einem Sonntag-Nachmittag Woden reibe. Der Hausdiener erklärte sich dazu nicht bereit, wurde entlassen und die F. B. R. gibt ihm nun wegen „Arbeitsverweigerung“ acht Wochen keine Unterflügelung. Zu diesem Vorgehen gibt selbst das Arbeitslosenversicherungsgesetz keine Handhabe. Der Hausdiener einer Ronditorei ist nicht verpflichtet, seinen Sonntag-Nachmittag auch noch dem Unternehmer zu opfern. Der sozialdemokratische „Arbeitervertreter“, der bei der Sitzung war, hat natürlich sein Maul dagegen nicht aufgemacht.

Guten Tag, Herr „Großdeutscher“.

Anlässlich einer Verhandlung beim Bezirksgericht Voitsberg machte die satifam bekannte Hausbesitzerin Krawagna um gegen den Zeugen Brettenthaler eine Voreingenommenheit der Richter zu erzweden die Äußerung: „Das ist ja ein Kommunist“. Rechtsanwalt Dr. Schuster sagte: „Lassen Sie sich diese Äußerung hier nicht gefallen“, worauf Advokat Vogel einwendete: „Wenn Sie mir sagen werden, Sie Großdeutscher“, werde ich mich darüber durchwegs nicht aufhalten.“ Am nächsten Tag begegnete Gen. Brettenthaler den Advokaten Dr. Vogel auf der Straße und grüßte: „Guten morgen, Herr Großdeutscher“ und siehe da, der Begrüßte wurde krebsrot und verbat sich während ihn zu frozzeln.

Unverschämt.

Beim Schuhhändler Meuder in der Neubaugasse kaufte sich eine Arbeiterin ein paar Schuhe auf Abzahlung. Abgesehen davon, daß die Schuhe ungleich waren und eine Zurücknahme verweigert wurde, war die Firma so unverschämt, die Arbeiterin einzulagern, weil sich die Abzahlung der letzten Rate von S 4.80 etwas verzögert hatte. Bekanntlich sind in solchen Fällen die Gerichtskosten, die auf dem Beklagten abgemacht werden, in der Regel höher als der Betrag, um den eingeklagt wird. Man kann nur warnen vor solchen Malenhandlern.

Wie der kleine Moriz die kommunistische Opposition „schlagen“ will.

Im Auftrage der gedängstigten Mutschitsch und Rüdli und der Bürgerlichen läuft sich die Polizei die Füße wund, um sämtliche Saalbesitzer von Graz abzuhalten, uns Sätze für Wählerversammlungen zu geben. Diese Geschäftigkeit des kleinen Moriz trägt

wesentlich zur Erhaltung der vielen Genossen bei, die in jähren und unerträglich Arbeit den Erfolg bei den Wahlen vorbereiten. Hoffentlich schickt uns niemand, der sich als kleiner Moriz betroffen fühlt, eine Verächtlichkeit.

Verschiedenes.

Opfer der Alpine. Im Giltnerwert Donawitz kam es bei der Entleerung eines Schladenwagens zu einer Explosion. Der Arbeiter Putter erlitt schwere Brandwunden. An seinem Aufkommen wird gearbeitet. **Eine Paratuberkulose** ist in Johansdorf ausgebrochen. Ein verseuchter Brunnen wurde festgestellt. 30 Personen sind bisher erkrankt.

Amerikanische Bombenflugzeuge bombardierten und zerstörten die Stadt Los Alamos, die im Aufstanzgebiet Nicaragua liegt.

Der Aufstand in Mexiko ist vollständig zusammengebrochen. Der Führer Escobar ist geflüchtet. **Eine dunkle Nordkat.** Im oberösterreichischen Ort Eichhoff wirkte ein Armenarzt namens Eichhoff, der besonders viel für die Armen tat, und deshalb den christlichsozialen und seinen bürgerlichen Kollegen im Wege war. Sie stempelten ihn zu einem Geisteskranken. Am 4. kamen drei Gendarmen zu ihm und gaben auf ihn ohne ausschlaggebenden Grund mehrere Schüsse ab, die den Armenarzt lebensgefährlich verletzten. Aller Wahrscheinlichkeit lag der Auftrag vor, den unliebsten Armenarzt zu beseitigen.

Schuster, bleib' bei Deinem Leisten!

Sozialistische Jugendliche, die nach der Frauenversammlung der S. P. am Mittwoch von der Industriehalle geschloffen abgehen, wurden von Wächtern, denen noch der offizierische Stämmel an den Stiefeln klebt, aufgehalten. Die Jugend ließ sich aber von den Wächtern nicht „zerstreuen“. Einer zog den Säbel. Nur genohmt, mit der Stallgabel zu hantieren, verletzte er sich selbst am Fuß und liegt jetzt im Unfallkrankenhaus.

Keine Kaschicht — Sie wollen nur einen „Sund“ hineinmachen.

Die Stalingruppe äußert sich: Wir wissen, daß wir gar keine Aussicht haben, ein Mandat zu bekommen; wir kandidieren nur deshalb, um wenigstens einige Duzend Stimmen durch Jurefführung der kommunist. Opposition zu entziehen. Die wenigen Leute, die in der Stalingruppe noch etwas wagen, wenden sich, durch dieses Verhalten angefaßt, der kommunist. Opposition zu.

Warnung.

Wie uns gemeldet wird, verbreiten schon einige skrupellose politische Demagogen das Gerücht, die kommunistische Opposition ziehe ihre Kandidatur zurück. Es ist selbstverständlich, daß es sich hier um einen dreisten Versuch handelt, die Arbeiter und Arbeiterinnen irrezuführen. Es sollte uns nicht wundern, wenn von denselben Leuten, sobald sie sehen, daß dieses Betrugsmanöver nichts nützt, auch noch Verleumdungen ausgestreut werden. Die Liste der kommunistischen Opposition bleibt unter allen Umständen aufrecht.

Parteinachrichten.

Diesemigen Genossen, die länger als ein Monat im Rückstand sind, werden angefordert, innerhalb 4 Tagen ihren Beitrag beim Kassier Samstag nachmittags im Parteilokal oder bei ihrem Vertrauensmann sofort zu begleichen, da sonst der Beschluß der Mitgliederversammlung vom Oktober 1928 in Wirksamkeit tritt.

Jeden Monat muß der Beitrag vom Mitglied selbst geleistet werden. Die Bezirksstellenang.

Bezirksleitungsmitglieder und Vertrauensmänner! Dienstag, 16. April, halb 8 Uhr abends, vollständig und pünktlich erscheinen.

Wien.

Arbeiter-Bildungsverein „Karl-Lenin“

Mittwoch den 16. April, 9. Uhr, Lazarettgasse 12, Gasthaus „zur Klum“ Vortragabend „Die politische Lage“. Red. R. Landau.

Großes, helles Sparrbismarck mit laubden geheizt mit gleichem oberer Zimmer und Küche. Auskunft Verwaltung des „Mahnrufes“, Wien.

Alle Prospektanten sind eingeladen, die Prospektanten mit 6 Prospektanten, die nur ein leeres Sparrbismarck nehmen oder einen leeren separierten Raum ohne Möbel und Porzellanabteilung sobald als möglich beschaffen. Bis zu höchsten 21-25 Schilling Preis. Anfrage: Paratuberkulose 2, Pauschstraße 2.